

Antrag

der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Jan van Aken, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Christine Buchholz, Roland Claus, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Harald Koch, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Stefan Liebich, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Thomas Nord, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Paul Schäfer (Köln), Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Erkenntnisse des Weltagrarberichtes zur Grundlage deutscher, europäischer und internationaler Agrar- und Entwicklungspolitik machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Weltagrarbericht stellt umfassend die Auswirkungen von agrikulturellem Wissen inklusive Wissenschaften und Technologien dar. Durch den Bericht wird ein klares Signal gegeben: Ein einfaches „Weiter so“ ist keine Option. Der Weltagrarbericht fordert, den Hunger in den Ländern des Südens nicht mit Nahrungsmittellieferungen, sondern direkt vor Ort durch bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu bekämpfen. Die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern werden als das Rückgrat der Welternährung gesehen – nicht die großen Betriebe des Nordens, deren Wirtschaften durch einen hohen Verbrauch endlicher Ressourcen (Öl, Wasser, Boden, Dünger) geprägt ist. Dabei geht es nicht allein um die Erträge, welche durch die Landwirtschaft produziert werden, sondern gleichrangig um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern. Sie müssen von ihrer Arbeit leben können.

Besonders bemerkenswert ist, dass bei der Erarbeitung des Weltagrarberichtes nicht nur auf Agrarkultur und -wissenschaft zurückgegriffen, sondern auch tradiertes – nicht wissenschaftliches – Wissen berücksichtigt wurde. Alle Perspektiven sollten einbezogen werden: aus armen und reichen Ländern, von Männern und Frauen, von Theoretikerinnen und Theoretikern sowie Praktikerinnen und Praktikern. Durch diese Vielfalt aus aller Welt und vieler Denkschulen ist im Ergebnis ein solider und ernst zu nehmender Bericht entstanden, welcher sich klar von anderen Berichten, die sich oftmals nur auf die Aussagen weniger industrienahe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stützen, unterscheidet. Diese Synergien vieler unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen ermöglichten die Erarbeitung eines regionalen und zugleich globalen Prozesses.

Der Weltagrarbericht ist für die nationale und internationale Agrar- und Entwicklungspolitik von großer Bedeutung. Er bietet vielfältige Handlungsmöglichkeiten für zukünftige Entwicklungen und zur Bekämpfung von Hunger und Unterernährung. Herausgehoben wird die Bedeutung von Frauen in den ländlichen Räumen sowie von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zur Sicherung der Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens. Dazu ist der Zugang zu

Land, Wasser und Saatgut eine entscheidende Voraussetzung. Zur Steigerung der Produktion sind sozial und ökologisch angepasste traditionelle Anbaumethoden weiterzuentwickeln, anstatt auf Agrogentechnik und Plantagenwirtschaft zu setzen.

Der Weltagrarbericht wurde bisher von 58 Ländern unterschrieben; darunter befinden sich auch einige EU-Mitgliedstaaten. Drei Staaten (Australien, Kanada und die USA) unterstützen große Teile des Berichtes und betonen dessen Wichtigkeit, können sich allerdings nicht mit den sehr kritischen Passagen zur Agrogentechnik identifizieren oder bevorzugen deutlich positivere Aussagen zu liberalen Agrarmärkten. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Weltagrarbericht bisher nicht unterschrieben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Weltagrarbericht schnellstmöglich zu unterschreiben und das agrarpolitische Leitbild daran sowohl im Inland als auch in allen entwicklungspolitischen Projekten und Investitionen ausrichten,
- sich an der Fortführung des Weltagrarberichtes und der Finanzierung dieses Prozesses zu beteiligen,
- die Ergebnisse des Weltagrarberichtes in die Debatte um die Zukunft der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 einzubeziehen und
- die Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) und der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf die Ergebnisse des Weltagrarberichtes zu überprüfen.

Berlin, den 27. Oktober 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Das als Weltagrarbericht bezeichnete International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD) wurde im Jahr 2002 von der Weltbank und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ins Leben gerufen. In einem weltweiten Prozess wurden von 2004 bis 2008 über 500 Expertinnen und Experten in die Erarbeitung des Weltagrarberichtes einbezogen. Alle Disziplinen und Branchen der Bereiche Landwirtschaft und Ernährung waren involviert. Neben den Agrarwissenschaften gab es somit Zuarbeiten aus der Soziologie, aus der (Agrar-)Industrie, von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Verbraucherorganisationen und Expertinnen und Experten des traditionellen Wissens. Letztendlich wurden ein globaler und fünf regionale Berichte erarbeitet. Die regionalen Berichte umfassen die Regionen Ost- und Südasiens und Pazifik (ESAP), Lateinamerika und Karibik (LAC), Afrika südlich der Sahara (SSA), Zentral- und Westasien und Nordafrika (CWANA) sowie Nordamerika und Europa (NAE). Finanziert wurde die Erarbeitung des Weltagrarberichtes von der Global Environmental Facility (GEF), der Weltbank, sowie einigen Regierungen. Frankreich und Großbritannien beteiligten sich im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland an der Finanzierung.

Der Weltklimabericht (Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC) hat bereits zum dritten Mal auf die Folgen eines völlig verfehlten Wirtschaftens und dessen klimatisch verheerende Auswirkungen hingewiesen. Ähnlich wie sein

berühmter klimapolitischer Vorgänger soll auch der Weltagrарbericht zu einer neuen globalen Instanz für globale Ernährungsfragen werden.

Noch nie haben so viele Menschen auf der Welt gehungert wie heute. Etwa alle 3,5 Sekunden stirbt ein Mensch an den Folgen von Hunger und Unterernährung – das sind rund 25 000 Menschen am Tag, etwa zehn Millionen Menschen pro Jahr. Gleichzeitig produziert die Landwirtschaft weltweit mehr Lebensmittel pro Kopf als je zuvor. Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation leiden mehr als eine Milliarde Menschen an Hunger. Weitere zwei Milliarden Menschen sind fehlernährt – teils aus Mangel, teils durch ein Übermaß an Nahrung – Tendenz steigend. 80 Prozent der hungernden Menschen leben auf dem Land.

In Europa gehören Hunger und Unterernährung für die meisten Menschen seit langem der Vergangenheit an. Hierzulande ist die Frage der Welternährung in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend ins Hintertreffen geraten und erst durch die Verknüpfung mit der Energiefrage wieder auf die politische Agenda gerückt. Etliche Jahre wurde weder die Agrarforschung noch die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen bedarfsgerecht finanziert. Landwirtschaft wurde vordergründig als Wirtschaft und nur nachrangig als Lebensgrundlage bewertet. Die Orientierung auf ressourcenintensive Landwirtschaft, welche von Rohstoffzufuhren aus dem Süden abhängig ist und ihre Überschüsse in den Süden exportiert, kann kaum Antworten auf die Fragen der Zukunft liefern.

Eine Übersicht über den Ist-Zustand von globaler Ernährung, ländlichen Räumen und Agrarwirtschaft bzw. -forschung ist seit langem überfällig. Nur so kann den Herausforderungen der Zukunft – Hunger, Wassermangel, Verlust der Biodiversität, Klimawandel, Desertifikation, Bevölkerungswachstum – begegnet und dem Menschenrecht auf Nahrung entsprochen werden. Gleichzeitig ist die Frage zu beantworten, ob die industrialisierte Landwirtschaft der Länder des Nordens eine zeitlos gültige Antwort auf die globale Ernährungsfrage und veränderte Umweltbedingungen sein kann. Angesichts von nahezu einer Milliarde Menschen, die unter Hunger und Unterernährung leiden, ist die Antwort auf solche Fragen im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtig.

Der Grundzusammenhang menschlich-gesellschaftlichen Lebens ist im Laufe der Industrialisierung der vergangenen 200 Jahre vielfach verloren gegangen. Der Überfluss von endlichen Rohstoffen bei gleichzeitiger Ausblendung ihrer Endlichkeit hat dazu geführt, dass jahrtausendealtes Wissen und Erfahrungen verloren gingen. Die Erwartung, menschliche Ingenieurkunst und der technische Fortschritt würden die Probleme der Zukunft auf jeden Fall lösen, war zu lange eine angenehme Illusion. Seit einigen Jahren wird zunehmend klar, dass dieser Weg viele Fragen aufwirft. Die Illusion scheint in eine düstere Sackgasse zu führen. Um Licht ins Dunkel zu bringen, ist eine Bestandsanalyse notwendig. Diese wurde nun in Form des Weltagrарberichtes vorgelegt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Weltagrарbericht bisher nicht unterschrieben. Sie sieht im Weltagrарbericht zwar einen Beitrag zur Diskussion der globalen Ernährungssicherung (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 22 auf Bundestagsdrucksache 16/14081 des Abgeordneten Thilo Hoppe im Jahr 2009) macht jedoch deutlich, dass sie den Bericht nicht unterzeichnen möchte, da es unterschiedliche Auffassungen über den Status des Berichtes gebe (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 104 auf Bundestagsdrucksache 16/12549 der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann im Jahr 2009). In der Fragestunde der Bundesregierung am 21. Februar 2009 wurde die Unterzeichnung des Berichtes durch den Staatssekretär in der Beantwortung einer Mündliche Frage der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann (Bundestagsdrucksache 16/11612, Frage 3) sogar als „entbehrlich“ bezeichnet.

Die Bundesregierung scheint die Bedeutung des Weltagrарberichtes für ihre internationale Agrarpolitik und Entwicklungszusammenarbeit herunterzuspielen

und seine Bedeutung für ihre nationale und europäische Agrarpolitik von sich zu weisen. Die zentrale Botschaft des Weltagrarberichtes, dass ein einfaches „Weiter so“ nicht möglich ist, muss jedoch zu einer Wende in der deutschen und europäischen Agrar- und Entwicklungspolitik führen.